

## **Einlassung**

Natürlich möchte ich etwas zur Sache sagen, denn es ist mir ein Anliegen, dass Sie verstehen, wie aus einer naiven, braven Bildungsbürgerin mit Dokortitel eine Blockiererin wurde.

Warum ich mich mit über 2000 anderen bei Schneeregen und eisiger Kälte in den Schlossgarten gesetzt habe, trotz der angedrohten Anwesenheit von 9000 Polizisten, trotz der Androhung von Repressalien wie „Containamo“, trotz meiner Erfahrungen am 30.9.

Seit Februar 2010 bin ich Parkschützerin. Am Anfang wegen der uralten Bäume, denn ich bin Läuferin, ich liebe die Natur und ich weiß, wie wichtig sie für unser Leben ist.

Doch je mehr ich mich in das Thema Stuttgart 21 einarbeitete, desto klarer wurde mir: Es ging einfach um so viel mehr.

Man will uns weismachen, dass alles prima ist. Der Projektstatus sagt das Gegenteil: Die Bahn hat sich das Baurecht erschlichen. Die Belege dafür sind bekannt und öffentlich:

### **Zum einen die Planfeststellungen**

sind zum Teil nicht eingereicht, beim Abschnitt 1.1: Grundwassermanagement gibt es einen Baustopp durch den Verwaltungsgerichtshof. Aufgrund der mehr als verdoppelten Wassermenge ist ein neues Planfeststellungsverfahren unumgänglich, denn wesentliche Änderungen genießen nach dem Planungsrecht nicht mehr den Schutz der Bestandskraft.

Das heißt, das Gesamtprojekt in seinen Auswirkungen muss neu bewertet, der Tiefbahnhof darf so nicht gebaut werden. Vor allem dürfen davor keine rechtswidrig vollendeten Tatsachen geschaffen werden wie Abrissarbeiten und das Fällen von Bäumen!

### **Stresstest**

Zum einen hat die Bahn beim Stresstest ihr eigenes Regelwerk nicht eingehalten (s. Dr. Engelhard von WikiReal.org, neueste Analyse der verschiedenen Leistungsfähigkeitsgutachten für die Planfeststellung und den VGH Mannheim).

Zum anderen wurde aufgrund eines Software-Fehlers das Ergebnis besser gerechnet als zulässig (s. C. Fleischmann).

Darüber hinaus gab sie als Grundlage 32 Züge in der Spitzenstunde an (s. "Personenstromanalyse" der Durth Roos Consulting GmbH aus dem Jahr 1998, aktualisiert 2009 und 2012).

Diese ist übrigens auch pikant, weil sie davon ausgeht, dass sich – Zitat „die prognostizierten Daten im Fernverkehr tendenziell reduzieren werden“.

Mit nur 32 Zügen in der Stunde hat die Bahn im Tiefbahnhof einen gesetzwidrigen Rückbau vorhandener Eisenbahn-Anlagen geplant; ist doch der bestehende Kopfbahnhof mit 50 Zügen je Stunde wesentlich leistungsfähiger! Und wieder fehlt dem S-21-Vorhaben die Rechtfertigung – schließlich war der Öffentlichkeit eine erhebliche

Leistungssteigerung versprochen worden.

In der Sache hat die Bahn keiner der genannten Analysen öffentlich widersprochen. Würde sie das nicht tun, wenn sie es könnte?

### **Zur Finanzierung – diese ist rechtswidrig**

Bei der Festlegung des Kostenrahmens von 4,5 Milliarden € hat die Bahn bereits festgestellte Kostensteigerungen zurückgehalten und so die Parlamente bewusst getäuscht. (vgl. die bekannt gewordene, vertrauliche Anweisung von Herrn Fricke von der Bahn, die festgestellten Kostensteigerungen vor der Abstimmung im Bundestag nicht an die Öffentlichkeit gelangen zu lassen).

Hinzu kommt: Die Mischfinanzierung ist verfassungswidrig. Schienenverkehrsvorhaben sind allein Sache des Bundes – hier leistet das Land 35%. An dieser Tatsache kann auch die Volksabstimmung nichts ändern.

Weiter bestehen **schwere Sicherheitsrisiken und unzureichende Barrierefreiheit**. Insbesondere im Brand- und Katastrophenfall wird Gefahr für Leib und Leben der Reisenden bewusst in Kauf genommen. (S. stern vom 12.07.2012) Hr. Dr. Kefer ließ verlauten, die Menschen würden sich in der – er nannte es „Selbstrettungsphase“ schon gegenseitig helfen (s. <http://www.direktzu.de/stuttgart21/messages/barrierefreie-fluchtwege-29870>).

Die Bahn rechnet mit Einsparpotentialen, die wiederum in Sicherheitsrisiken enden – dazu gehören beispielsweise die dünneren Tunnelwände.

### **Schließlich: Mißachtung der Auflagen für Umwelt- und Naturschutz**

Planfeststellung und Baurecht ist gemäß Planfeststellungsbeschluss Abschnitt 1.1 unter Einhaltung der Umweltauflagen und Beachtung der Umweltschutzmaßnahmen erteilt worden.

Der Bescheid des Eisenbahn-Bundesamtes vom 30.09.2010 verfügt eindeutig, dass so lange keine Baumfällarbeiten durchgeführt werden dürften bis die Bahn ein schlüssiges Konzept vorgelegt hätte um die Schädigung der Juchtenkäfer, der geschützten Fledermäuse und anderer Vogelarten zu vermeiden.

Dieser Bescheid war sowohl der Bahn bekannt als auch allen anderen Beteiligten. Trotzdem wurden Bäume gefällt. Die Situation im Februar war kaum anders – aber dazu komme ich gleich.

Am 30.09. – bekannt geworden als „Schwarzer Donnerstag“ – hat die Polizei definitiv eine illegale Handlung gesichert, denn das Eisenbahnbundesamt hatte der DB-Projektbau die Fällung der Bäume untersagt (s.o.).

Trotzdem wurden Wasserwerfer und Schlagstöcke gegen friedliche Bürgerinnen und Bürger eingesetzt, es gab viele Verletzte. Ich selbst wurde von der Polizei niedergedrampelt.

Es herrschten bürgerkriegsähnliche Zustände im Schlossgarten, wobei den Rettungskräften der Zugang verwehrt wurde.

Ich habe mit eigenen Augen gesehen, wie eine sich langweilende Wasserwerferbesatzung gezielt auf Menschen in den Bäumen schoss, und das am späten Nachmit-

tag, als alles schon gelaufen war, als alle Hamburger Gitter längst standen.

Lt. OStA Häußler hat's das aber nie gegeben, trotz vielfacher Augenzeugenberichte und Aufnahmen. (Beweis: Youtube-Video von Walter Steiger, das auch im Untersuchungsausschuss mehrfach gezeigt wurde:  
<http://www.youtube.com/watch?v=9LebcskoCqo>)

Von den 300 Verfahren gegen Polizisten wurden bis auf eines alle eingestellt, unter anderem mit der Begründung, der Einsatz sei ja rechtmäßig gewesen.  
<http://www.tagesspiegel.de/weltspiegel/gewalt-bei-demonstration-gegen-stuttgart-21-polizist-wegen-koerperverletzung-verurteilt/4010146.html>)

Es wurde lanciert, dass Pflastersteine geflogen seien – Pressesprecher Keilbach spricht von „gewaltbereiten Chaoten“ – meint aber überraschen-derweise nicht den schwarzen Block der Polizei.

Am 30.09. habe ich gelernt dass es Gewalt ist, wenn man an einer Sitzblockade teilnimmt und auf Aufforderung nicht geht. Und dass die adäquate Reaktion auf diese „Gewalt“ der Einsatz von Wasserwerfern, Pfefferspray und Schlagstöcken ist.

Ich hatte Angst, am 15.2. wieder in den Schlossgarten zu gehen, zumal im Vorfeld medial schwer gegen uns aufgerüstet wurde.

Vom 30.09. an habe ich erfahren, wie sich Verleumdung durch Politik und Medien wirklich anfühlen.

Und ich hab die Erfahrung gemacht, dass der polizeilichen Willkür ab diesem Tag keine Grenzen mehr gesetzt wurden: Die Beamten führten sich zunehmend schlimmer auf: Waren die Journalisten weg, schubsten, stießen, rempelten sie. Kesselten Unbeteiligte ein. Drohten. Schlugen zu.

Inzwischen kann ich keinem Erwachsenen, keinem Kind mehr raten, sich im Falle von Schwierigkeiten an die Polizei zu wenden.

Mein Glaube an den Rechtsstaat ist beschädigt – und jede Verhandlung gegen uns reißt ein größeres Loch, weil für mein Verständnis nach dem Motto gehandelt wird „die Kleinen hängt man, die Großen lässt man laufen“.

Auch das zählt zu den hohen Kosten dieses Projekts Stuttgart 21: Politik, Polizei, Justiz, alle verspielen Glaubwürdigkeit und Vertrauen innerhalb der Bevölkerung. Das, meine ich, wiegt noch fast schwerer als alles andere.

Im Vorfeld des 15.2. war zu beobachten, wie die Presse die Gegner öffentlich diffamiert und kriminalisiert: Die Stuttgarter Zeitung schreibt gar vom „radikalisierten Protest“, macht so der Polizei der Weg frei für möglicherweise illegale Handlungen und gewaltsame Räumung.

Die Formulierungen vor dem 30.09 und dem 15.02. gleichen sich fast bis aufs Wort und rufen schreckliche Deja Vus hervor – die Personen waren 2010 andere, der Inhalt war der gleiche.  
<http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.protest-in-stuttgart-polizei-warnt-vor-radikalisiertem-protest.47d18fc7-d731-447d-8b95-af8f803ae512.html> und

([http://www.focus.de/politik/deutschland/focus-interview-mappus-warnt-vor-gewaltbereiten-stuttgart-21-demonstranten\\_aid\\_555698.html](http://www.focus.de/politik/deutschland/focus-interview-mappus-warnt-vor-gewaltbereiten-stuttgart-21-demonstranten_aid_555698.html)).

Die Grünen, in die wir unsere Hoffnung setzten, deren Wahlkampf wir unterstützten, sind jetzt für das Projekt. Ministerpräsident Kretschmann will nach der Volksabstimmung nurmehr kritisch begleiten, hält die Montagsdemos nicht mehr für sinnvoll, bezeichnet uns als schlechte Demokraten.

Er vergisst dabei gerne, dass es seine Regierung war, die die Basis für eine echte Entscheidung nicht geliefert hat. Wir haben über die Finanzierung abgestimmt, ohne dass die wahren Kosten offengelegt wurden – worüber haben wir dann also abgestimmt? Übrigens: Diese Offenlegung steht bis heute aus.

Wenn man meine Ausführungen zugrunde legt sieht man, dass auch die Volksabstimmung unter falschen Voraussetzungen ablief.

Bei näherer Betrachtung ist das Ergebnis trotzdem beachtlich: Bei einer Wahlbeteiligung von 48,3% sagten 41,1% sagten JA zum Ausstieg - das sind 3,1% mehr, als die CDU bei der Landtagswahl, erhielt und dort lag die Wahlbeteiligung bei 66%.

Die Schlichtung erwies sich dabei als belanglose Absichtserklärung ohne Relevanz, als Wahlwerbung für die CDU mit dem „Ja zum Schlichterspruch“ – aber das Verpflanzen von Bäumen war nicht so gemeint.

Vor der Volksabstimmung die gleiche ermüdende Meinungsmache in den Medien: Davor berichtete die Presse stets darüber, dass es dabei nur um die Finanzierung geht. Danach geht es dann seltsamerweise um den Bau von Stuttgart 21. Die Frage, ob Stuttgart 21 oder Stuttgart 21 Plus oder etwas dazwischen – sie bleibt halt unbeantwortet.

Der Faden ließe sich ewig weiterspinnen, schließlich wurde das Schlichtungsergebnis – das unverbindliche – zur Basis des Filderdialogs erklärt.

Der dann unverbindliche Bürgerbeteiligung auf Basis unverbindlicher Bürgerbeteiligung zu einem Gewinn stilisieren soll – aber das ist eine andere Baustelle.

Ein Gutes hatte diese Volksabstimmung jedenfalls: Ab jetzt konnte beziffert werden, wie viele Menschen wirklich gegen das Projekt sind. Zwar sind viele am 15.2. aus Angst gar nicht erst in den Schlossgarten gekommen, andere sind beim Aufmarsch der Polizei geflüchtet. Dennoch blieben Tausende, die sich der Einschüchterung nicht beugten.

Wenn man als mündige, kritische Bürgerin bei Stuttgart 21 unterwegs ist, bekommt man ein Auge für Muster. Und alles, was den 15.2. betraf, war ein Spiegelbild der Vorgänge des 30.09.

Deshalb konnte ich mit Sicherheit annehmen, dass der Polizeieinsatz am 15.2. – genau wie der vom 30.9. – dazu dienen sollte, eine illegale Handlung zu sichern. Und so war es dann auch.

Nach dem Beschluss des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg vom 15.12.2011, AZ 5

S 2910/11, wurde klar und deutlich ausgesprochen, dass nicht nur Maßnahmen des Grundwassermanagements zu unterbleiben haben, sondern dass auch im Umfang der beabsichtigten Änderung des Grundwassermanagements "insbesondere keine Baumfällarbeiten durchgeführt werden" dürfen.

Das Urteil wurde von der Bahn ignoriert, es wurde gegen den Artenschutz verstoßen und illegal Bäume mit Juchtenkäfervorkommen gefällt.

Im Feuerbacher Wald wurden diese Käferlarven gefunden und gerade noch rechtzeitig sichergestellt, während Insassen eines Autos mit Frankfurter Kennzeichen versuchten, sich daran zu schaffen zu machen.

177 zum Teil über 250 Jahre alte, kerngesunde Bäume wurden gefällt, dazu noch 80 weitere – kleinere Eiben und Hainbuchen, die nicht erfasst wurden, weil sie als Unterholz in Gruppen standen.

Bäume, unter denen auch Mörrike spazierte (1851-1860 in Stgt), Bäume, die die Stuttgarter nicht einmal in den kalten Kriegswintern angefasst haben. Die hab ich dann im Feuerbacher Wald liegen sehen, darunter meine Silberpappel, deren Durchmesser größer waren als ich lang.

Bis heute kann ich nicht mehr da hin was einmal der Park war. Weil ich die „Baumentnahme“ – so der Ingenhoven'sche Euphemismus – einfach nicht ertrage. Früher war ich gerne dort, zum Laufen, zur Entspannung nach dem Job, einfach so.

Mir – allen Stuttgartern – wurde das Recht auf Erholung nach §44 Naturschutzgesetz genommen, Individuen wurden getötet, nicht nur die Ruhe- und Lebensstätten zerstört, nein, der gesamte Lebensraum.

Alles ist unwiederbringlich weg. Bis solche Bäume dort wieder stehen könnten, würde es 300 Jahre dauern, das sind 8 Generationen. Und wozu? Dafür, dass die Bahn nicht bauen kann? Sie selbst gibt ja zu, nicht vor 2013 anfangen zu können, hat aber vor der Fällung behauptet, gleich beginnen zu wollen. Sie kann nicht, sie weiß das längst, wahrscheinlich schon zur Planfeststellung, die sie nie erhalten hätte, wenn sie nicht bei der Wasserentnahmemenge mehr als die Hälfte unterschlagen hätte.

Ich fasse zusammen:

Ein besserer Bahnhof, der auch noch notwendig ist, ist dem Allgemeinwohl gleichzusetzen. Eingriffe in den Denkmalschutz, den Naturhaushalt und das Privateigentum werden demgegenüber zurückgestellt. Dagegen gibt's auch nix zu protestieren.

Wenn aber dieser neue Bahnhof gar nicht besser, gar nicht leistungsfähiger ist, kann man diese Eingriffe nicht mehr rechtfertigen, darf man nicht Milliarden an Steuergeld dafür ausgeben.

Die harten Fakten sprechen mehr denn je gegen Stuttgart 21, der nächste Stolperstein in Form der Enteignung eines Hauseigentümers ist in Aussicht. Insgesamt steht zu erwarten, dass es dieses Jahr noch zu einem Baustopp kommt, weil das Projekt verfassungswidrig ist.

Als die Bahn 2005 ihr sogenanntes Baurecht erhalten hat, waren eine Reihe der

oben genannten Gründe nicht bekannt bzw. bewusst unter Verschluss.

Jetzt ist alles öffentlich, niemand kann sagen, er hätte nicht gewusst, dass auf die Baumfällungen keine weiteren Bauarbeiten folgen können.

Wir alle werden nicht nur in der Sache belogen, auch Regeln und Gesetze gelten für bestimmte Gruppen nicht – insbesondere nicht für Politik, Bahn, Polizei. Wen hätte man also um Hilfe anrufen können?

Was mich betrifft: Ich habe im Vorfeld alle Register gezogen, die mir als Pazifistin möglich sind: ehrenamtliche Arbeit im Widerstand, Aufklärung, Infostände, Flyer, Aktionen, schließlich auch Blockaden.

Ich habe haupt- und ehrenamtlich beim BUND für Umwelt und Naturschutz gearbeitet um in Sachen denkmalgeschützte Bäume, streng geschützter Arten und Umwelt und Naturschutz wirklich alles zu tun, was mir möglich ist.

Allein an Bäume hab ich mich nie gekettet, hatte nicht den Mut dazu, was ich inzwischen sehr bedaure.

Was konnte ich bei dieser Sachlage am 15. Februar anderes tun als in den Park zu gehen? Zu versuchen, die Baumfällungen mit meiner Anwesenheit zu verhindern oder zumindest zu verzögern? Die denkmalgeschützten Bäume mit meinem eigenen Körper zu verteidigen? Auf die Juchtenkäferbäume achten? Den BUND zu unterrichten, wenn sie da beschädigt worden wären?

Bis zum letzten Moment habe ich gehofft, dass irgend jemand diesen Irrsinn stoppt. Vergebens.

Gewissen und Verantwortungsgefühl haben mir geboten, mich diesem großen Unrecht in den Weg zu stellen. Illgale Fällungen zu verhindern. Mich einem rechtswidrig zustande gekommenen Projekt in den Weg zu stellen. Genau deshalb war ich im Park.

Denn wie Brecht schon sagt: Wo Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht.

Danke, dass Sie mir zugehört haben.

**Beweisantrag**

Zum Verfahren gegen  
Dr. Elvira Weißmann-Orzlowski  
14 Owi 4 JS 34822/12  
am 25.07.2012

Zum Beweis der Verstöße gegen §44 BnatSchG  
beantrage ich die Sichtung der Belege

- Baumpaten - Das Versagen des Artenschutzes mit angefügten Bildern der der Juch-  
tenkäferlarven und Mulmhöhlen
- die Pressemitteilung des BUND
- die Antwort von Projektsprechers Wolfgang Dietrich aus [www.direkt-zu](http://www.direkt-zu), Umwelt:  
Park, Bäume, Grundwasser, Verkehrsentlastung vom 19. März 2012

sowie die Einvernehmung der Zeugen

- Gerhard Pfeifer, BUND Regionalverband Stuttgart
- Ulrich Bense, Diplom-Biologe

## Plädoyer

Wie ich in meiner Einlassung dargelegt habe, sind folgende Punkte unumstritten:

- Die Bahn hat nach wie vor kein uneingeschränktes Baurecht
- Solange keine Änderung des 5. Planänderungsbeschlusses (PFA 1.1, GWM) erfolgt ist, hätten keine Bäume gefällt werden dürfen (s. BGH-Urteil vom 15.12.2011).
- Die Bahn hat beim Stresstest gegen ihr eigenes Regelwerk verstoßen und das Ergebnis besser gerechnet als zulässig.
- Die Mischfinanzierung ist rechtswidrig.
- Es liegen schwere Verstöße gegen Umwelt- und Naturschutzauflagen sowie die Nicht-Einhaltung der Vorgaben aus dem Schlichterspruch vom 30.11.10, Ziffer 11.2. bezüglich der Baumfällungen vor.

All das, insbesondere der Verstoß gegen die Umwelt- und Naturschutzauflagen, sind schwere Verstöße.

In all dem habe ich ein Rechtsgut in Gefahr gesehen und Straftaten in Form von illegalen Baumfällungen befürchtet.

Bei der Gefahrenlage am 15.02 – der Einsatz stand unmittelbar bevor, die Baumfällungen standen akut an – sah ich keine andere Möglichkeit, als dies durch meine Anwesenheit zu verhindern.

Ein möglicher Verstoß gegen das Versammlungsgesetz auf Basis der Allgemeinverfügung der Stadt ist nur ein sehr geringer Verstoß verglichen mit den hier aufgezählten Verstößen der Bahn.

Aus diesem Grund muss ich freigesprochen werden.

Hilfsweise berufe ich mich auf den rechtfertigenden Notstand nach §16 OwiG (Ordnungswidrigkeitengesetz).

**Schlusswort:**

Die Bahn schafft Fakten, obwohl kein Projektfortschritt möglich ist.

Die Regierung verhindert nicht, dass Fakten geschaffen werden in einem Projekt, für das keine weiteren Baugenehmigungen vorliegen.

Die Öffentlichkeit wurde zu keinem Zeitpunkt darüber informiert, dass grundlegende Planfeststellungen für das Projekt ausstehen, dass Unklarheit über die Kosten und Risiken herrscht.

Darauf aufmerksam zu machen sehe ich als meine Pflicht als mündige Bürgerin und eine andere Möglichkeit als den zivilen Ungehorsam gab es nicht.

Diese Aktion hat den Schlossgarten wieder in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt die jetzt sehen kann, dass zwischen der Räumung und meiner heutigen Verhandlung keinerlei Baufortschritt zu verzeichnen ist.

Ich kann jetzt nur noch hoffen, dass auch die Politik und die Justiz die Konsequenzen aus der aktuellen Situation ziehen, das Projekt stoppen und die Verfolgung von Bürgerinnen und Bürgern einstellen, die den Mut hatten, sich den illegalen Machenschaften der Bahn zu widersetzen.

## **Presse-Statement:**

Die Öffentlichkeit wurde zu keinem Zeitpunkt darüber informiert, dass grundlegende Planfeststellungen für das Projekt ausstehen, Unklarheit über die Kosten und Risiken herrscht.

Diese Aktion des zivilen Ungehorsam hat den Schlossgarten wieder in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt die jetzt sehen kann, dass zwischen der Räumung und meiner heutigen Verhandlung keinerlei Baufortschritt zu verzeichnen ist.